

Reformen der Mitgliedstaaten zahlen sich aus

## Aus wirtschaftlicher Erholung der EU ist ein Aufschwung geworden

Die EU-Kommission hat ihre jährliche Analyse der wirtschaftlichen und sozialen Lage in den Mitgliedstaaten vorgestellt, zu der auch die Fortschritte bei der Umsetzung der länderspezifischen Empfehlungen gehören.

Laut dieser Analyse expandiert die europäische Wirtschaft kräftig. Die günstigen Wirtschaftsprognosen machen sich durch eine positive Entwicklung des Arbeitsmarktes und Verbesserungen der sozialen Lage bemerkbar – auch dank der Reformen, die die Mitgliedstaaten in den letzten Jahren durchgeführt haben. Die Wachstumsraten für den Euroraum und die EU haben die Erwartungen im vergangenen Jahr übertroffen. Aus der wirtschaftlichen Erholung ist mehr und mehr ein Aufschwung geworden.

Mit schätzungsweise 2,4 Prozent ist sowohl der Euroraum als auch die EU im Jahr 2017 so schnell gewachsen wie seit zehn Jahren nicht mehr. Das robuste Wirtschaftswachstum ließ die Beschäftigungsquote in der EU im dritten Quartal 2017 stärker als erwartet ansteigen, die Arbeitslosenzahlen gingen erneut zurück. Mit mehr als 236 Millionen Menschen in Arbeit hat die Beschäftigung in der EU jetzt einen Rekordstand erreicht. Die Arbeitslosigkeit

nimmt zudem kontinuierlich ab. Mit einem EU-Durchschnitt von 7,3 Prozent liegt sie auf Vorkrisenniveau. Dank der Reformen nimmt auch die Verschuldung der Staaten ab. Selbst die griechische Wirtschaft ist erstmals seit der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/2009 wieder auf Wachstumskurs: Im Gesamtjahr 2017 legte sie um 1,4 Prozent zu.

Die Länderberichte der EU-Kommission dienen als Diskussionsgrundlage für die Planung der nationalen Wirtschaftspolitik für das kommende Haushaltsjahr. Im April müssen die Regierungen ihre nationalen Reformprogramme und Stabilitäts- oder Konvergenzprogramme in Brüssel vorlegen. Meistens im Mai präsentiert die Kommission dann ihre Vorschläge für „länderspezifische Empfehlungen“ für das nächste Haushaltsjahr. Diese werden dann im Ministerrat diskutiert und bis zur Sommerpause beschlossen.

Stärker diskutiert werden soll nach dem Willen der EU-Kommission künftig die Besteuerung von Unternehmen. In ihren Länderberichten geht sie zum ersten Mal auf die „aggressive Steuerplanung“ in sieben Mitgliedstaaten ein: Niederlande, Malta, Luxemburg, Irland, Ungarn, Belgien und Zypern.

**Erhöhung der De-minimis-Grenze für Agrarsektor:** Die EU-Kommission schlägt vor, den Höchstbetrag der staatlichen Agrarbeihilfen, den die Mitgliedstaaten ohne vorherige Anmeldung verteilen können, von 15.000 Euro auf 25.000 Euro über einen Zeitraum von drei Jahren je Betrieb zu erhöhen. Die sogenannte De-minimis-Beihilfe hat sich in Krisenzeiten als besonders nützlich erwiesen, da sie eine schnellere Reaktion ermöglicht, um Landwirten bei der Bewältigung von Notfällen, wie zum Beispiel vorübergehenden Liquiditätslücken, zu helfen. In einer öffentlichen Konsultation bis 16. April bittet die EU-Kommission zudem um Rückmeldung von Behörden in der gesamten EU, die von diesem Instrument Gebrauch gemacht haben. Zur Konsultation geht's hier: <http://bit.ly/2Ffplgz>

## Aus dem Europäischen Parlament

EU-Staats- und Regierungschefs sind sich einig: „Wahrscheinlich“ geht der Giftanschlag auf Russland zurück

### „Wo sind die Fakten, die dokumentieren, was wirklich passiert ist?“

Theresa May gelingt es, dass die EU mit rechtsstaatlichen Prinzipien bricht. Toll!

Vorab sei gesagt: Der Giftanschlag auf den Doppelagenten Skripal und seine Tochter ist zu verurteilen! Doch ich verstehe die Welt nicht mehr. Bisher dachte ich, dass nur Extremisten „zuerst schießen und dann fragen“. Nun tut das nachweislich der Europäische Rat der Staats- und Regierungschefs! Das offizielle Statement des Rates spricht noch vom „wahrscheinlichen“ Auftragsmord Russlands und gleichzeitig werden Maßnahmen, wie die Abberufung von Botschaftern beschlossen und weitere Sanktionen angedroht. Unser Rechtsstaatsprinzip gilt demnach nicht mehr grundsätzlich. Toll, wenn Wahrscheinlichkeiten heute selbst in diesem Gremium mehr wiegen als Fakten! Wo sind die Fakten, die dokumentieren, was in England tatsächlich passiert ist?

Um ganz deutlich zu sein, ich bin weder ein Freund von Putin, noch ein Putin-Versteher, und ich will ihn auch in keiner Weise entlasten! Dennoch machen mich die harten Worte und Maßnahmen von Theresa May sowie ihres Lügen-Außenministers vor der Präsidentenwahl in Russland und kurz vor dem EU-Gipfel stutzig. Sie hält ein Stöckchen hin – und als Erster springt Donald Tusk, der aus Polen stammende EU-Ratspräsident. Gleichzeitig fordert sie von der Gruppe der EU-Länder, die sie gerade verlassen möchte, Solidarität! Und sie bekommt diese! Zumindest von einigen der Staats- und Regierungschefs, ohne dass

sie öffentliche Beweise für den Nervengiftanschlag vorlegt. Wen wundert es da, dass Russland, solange keine Fakten offen auf dem Tisch liegen, nichts aufklären kann oder will. Der Brexit-Anführer Boris Johnson, der zugab, seine Kampagne damals mit Falschaussagen (Lügen!) geführt zu haben, ist für mich der ungeeignetste Aufklärer, den Theresa May hätte auswählen können! Doppelagenten leben nun mal überall auf der Welt gefährlich. Sie sind von jeher besonders geeignet für Fake-News und Spekulationen aller Art.

Alle reden vom Giftgasanschlag, doch über Spuren am Tatort gibt es nichts Konkretes. Wie war der Ablauf? Wer hat die Proben untersucht? Was wurde bei der Untersuchung festgestellt, außer dass sie vor langer Zeit in Russland produziert worden sein sollen? Großbritannien verhindert die internationale Aufklärung: Wie kam das Gift zum Opfer? Wer hat es wie verabreicht? Ich habe so viele Fakes in letzter Zeit erlebt! Gleichzeitig geht mir der Beginn des Zweiten Weltkriegs nicht aus dem Kopf. Der inszenierte Überfall auf den Sender Gleiwitz war eine der aufwendigsten und folgenschwersten Kriegslügen aller Zeiten!

Die Lasten neuer Sanktionen werden wir Europäer alle zu tragen haben, sie werden Russland nicht in die Knie zwingen und Großbritannien ist auf dem Absprung! Vielleicht wäre jetzt die Zeit gewesen, anstatt sich ungeprüft hinter Theresa May zu stellen, ihr klar zu machen, dass wir auch von ihr ein Zeichen von Solidarität erwarten: den Exit vom Brexit! Das wäre ein glaubwürdiges Zeichen der EU!

Steht Deutschland schon wieder auf der Bremse, wenn es um behinderte Menschen geht?

### „EU will Rechte von Bahnreisenden stärken, mich begeistert das!“

Die EU-Kommission will die Rechte von allen Bahnreisenden verbessern und es den Bürgerinnen und Bürgern leichter machen, „erworbene“ Ansprüche durchzusetzen. Nach der Verabschiedung des sogenannten Mobility Acts für Menschen mit Behinderung sollen insbesondere die Rechte dieser Reisenden neu geregelt werden. Mich begeistert das! Noch läuft die Antragsfrist für Änderungsanträge. Doch gerade bekam ich Signale aus „Berlin“, dass vor allem an der Stärkung der Rechte von Reisenden mit Mo-

bilitätseinschränkung kein wirkliches Interesse besteht. Es gibt unzählige Bedenken! Menschen mit Behinderungen müssen bis heute jede Bahnreise zwei Tage zuvor anmelden! Trotz Ausnahmen ist ein spontanes Reisen für sie nahezu unmöglich. In den Niederlanden müssen sie ihren Hilfebedarf auch vorher anmelden. Aber es reicht, wenn dies eine Stunde vor Abfahrt des Zuges geschieht! Und wir können das nicht? Lasst uns die in Deutschland herrschende Dienstleistungswüste endlich abbauen!

Neue EU-Arbeitsmarktbehörde ELA soll bei Durchsetzung der Rechte helfen

### „Ich würde mir wünschen, dass sich Erfurt um den Sitz bewirbt“

Eine neue Europäische Arbeitsmarktbehörde mit dem Kürzel „ELA“ soll ab 2019 die Rechte von Bürgern durchsetzen, die in einem anderem EU-Land arbeiten. Konkret soll ELA Arbeitnehmer und Unternehmen zum Beispiel darüber informieren, welche Möglichkeiten, Rechte und Pflichten sie beim Arbeiten in anderen Mitgliedstaaten haben. Die Agentur könnte zudem die Zusammenarbeit der zuständigen nationalen Behörden bei der Umsetzung einschlägiger EU-Sozialvorschriften unterstützen und in Streitfällen schlichten. Bei Verdacht auf Regelverstöße oder Sozialdumping soll ELA Kontrollen organisieren. Die EU-Kommission hat bereits einen Vorschlag zum Aufbau der neuen EU-Agentur vorgelegt. Er bedarf der

Zustimmung der Mitgliedstaaten und des Europäischen Parlaments. Noch ist offen, wo ELA angesiedelt werden soll.

Ich würde mir wünschen, dass sich unsere Landeshauptstadt Erfurt um den Sitz bewirbt. Thüringen liegt im Herzen Europas und steht bei der Arbeitsplatzvermittlung spitze da. Auch die zukünftige Digitale Dienstleistungskarte (Services e-Card) – so sie denn hoffentlich eingeführt wird – könnte von der neuen Agentur verwaltet werden. Sie könnte sich zum zentralen Ansprechpartner für alle Unternehmen in der EU, die in einem anderen EU-Land ihre Leistungen anbieten möchten und dafür eine Genehmigung brauchen, entwickeln. Was meinen Sie?

Interesse an europapolitischen Themen lockte über 30 Bürgerinnen und Bürger nach Weimar

### KAS-Seminar: Die EU als außenpolitischer Akteur

Anfang März durfte ich als Referent bei einem Seminar der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) in Weimar teilnehmen. Thema der dreitägigen Veranstaltung war „Die EU als außenpolitischer Akteur: Herausforderungen für eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik“. Ich wurde gebeten, in das Weißbuch der Europäischen Kommission „Zur Zukunft Europas – die EU im Jahre 2015“ einzuführen. Die Seminarteilnehmer aus allen Regionen der Bundesrepublik waren ein interessiertes und fragelustiges Publikum. Sie waren bereit, meinen Zeitslot weit zu überziehen. Zufrieden mit meinen praxisnahen Beispielen und angeblich sehr gut nachvollziehbaren Erklärungen zeigten sie sich bei der Auswertung, an der ich nicht persönlich teilnahm. Am Rande der Veranstaltung konn-

te ich meine Ausstellung: „Wozu EU?“ präsentieren. Ein Verleihen der Wanderausstellung ist leider nur innerhalb Thüringens möglich.



Foto: Rolf Justi

**Neuer Beratungsdienst für Städte:** Finanzierungsprobleme können viele wichtige Projekte in Städten ausbremsen. Stadterneuerung, Klimaschutz oder Programme zur sozialen Eingliederung von Menschen sind für Banken und andere private Investoren manchmal zu riskant oder die Projekte sind zu klein. Experten der Europäischen Investitionsbank (EIB) stehen jetzt bereit, Städte jeder Größe dabei zu beraten, wie sie EU-Mittel mit Unterstützung nationaler und lokaler Förderbanken und innovativen Finanzierungsmöglichkeiten kombinieren können, um ihre Vorhaben zu verwirklichen. Der von EIB und EU-Kommission eingerichtete Beratungsdienst trägt den Titel „Urban Investment Support“ – kurz URBIS . URBIS kann etwa bei der Ausarbeitung von Investitionsstrategien helfen oder dabei, Projekte reif für eine Unterstützung durch Banken zu machen. Mehr Infos unter: <http://bit.ly/2koHuCs>

**! Vorankündigung Weimarer Europafest 2018:** Mein diesjähriges Europafest wird am 21. September ab 17:30 Uhr in Weimar stattfinden. Festredner ist der Zukunftsforscher und Publizist Erik Händeler. Er wird zum Thema „Warum Europa eine Zukunft hat“ referieren. Nähere Informationen und Details zur Anmeldung folgen.

### ★ eTwinning-Partnerschaften mit Jordanien

Seit Februar ist Jordanien Teil der eTwinning Plus-Länder. Schulen in dem Land stehen nun auch für eTwinning-Partnerschaften zur Verfügung. Nutzen Sie diese Gelegenheit, Kontakte zu jordanischen Lehrkräften sowie Schülerinnen und Schülern aufzubauen. Mehr Informationen unter: [www.kmk-pad.org/jordanien\\_etwinning](http://www.kmk-pad.org/jordanien_etwinning)

### ★ GRUNDTVIG Award 2018

Die diesjährige Ausschreibung des GRUNDTVIG Awards des Europäischen Verbands für Erwachsenenbildung (EAEA) stellt das Thema „Kooperation und Partnerschaft“ in den Mittelpunkt. Bis zum 15. April können sich Organisationen bewerben, die erfolgreiche Projekte der Erwachsenenbildung mit einem Netzwerk regionaler oder internationaler Partner durchgeführt haben. Vor dem Hintergrund des Europäischen Kulturerbejahres werden auch Kooperationsprojekte aus dem kulturellen Sektor akzeptiert. Infos unter: <http://bit.ly/2FWo4xk>

### ★ Wettbewerb zur #SaferInternet4EU-Kampagne

Kinder, Eltern und Lehrkräfte für digitale Chancen und Herausforderungen zu sensibilisieren – das ist das Ziel der #SaferInternet4EU-Kampagne der EU-Kommission. Im Rahmen dieser Aktion gibt es einen europaweiten Wettbewerb. Prämiert werden alle Arten von Initiativen zum Thema Online-Sicherheit. Dazu können etwa innovative Bildungsansätze, Kursprogramme oder Materialsammlungen zählen. Organisationen, Lehrkräfte und Jugendliche können sich bis zum 15. Mai mit ihren Projekten anmelden. Mehr Infos unter: <https://bit.ly/2DOch2n>

### ★ Internationale Jugendbegegnungen

Was haben die Kriege der Vergangenheit mit uns und mit Europa zu tun? Der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge lädt junge Menschen im Alter von 12 bis 26 Jahren aus Deutschland und vielen europäischen Ländern ein, gemeinsam nach Antworten auf diese Frage zu suchen. Im Rahmen von internationalen Jugendbegegnungen und Workcamps treffen sich die Jugendlichen im In- und Ausland. Mehr Infos unter: <https://bit.ly/1reYKrb>

### ★ Seminar „Horizont 2020 für Einsteiger“

Am 9. Mai veranstaltet das EU-Büro des Bundesministeriums für Bildung und Forschung in Berlin ein eintägiges Seminar mit dem Titel „Horizont 2020 für Einsteigerinnen und Einsteiger“. Die Teilnehmer lernen die allgemeinen Strukturen, Ziele und Inhalte von Horizont 2020, dem EU-Rahmenprogramm für Forschung und Innovation, kennen. Es werden ebenfalls Basisinformationen zu den Beteiligungsregeln und der Antragsvorbereitung vermittelt. Mehr Infos unter: <https://bit.ly/2pxGaQq>

### ★ Broschüre für Lehramtsstudierende

Ausgerichtet auf die besonderen Bedürfnisse und Fragen von Lehramtsstudierenden, präsentiert die neue Broschüre des Deutschen Akademischen Austauschdienstes (DAAD) die wichtigsten Infos zu Studienaufenthalten und Lehramtspraktika im Ausland. Authentische Tipps von Studierenden, Referendaren, Lehrkräften und Hochschulmitarbeitern runden die Infos ab. Hier geht's zum Download der pdf-Broschüre, die auch als Printversion bestellt werden kann: <https://bit.ly/2DN64UD>